



Leipzig - Ort der Vielfalt.



Stadt Leipzig

Leipzig. Ort der Vielfalt

Kommunale Gesamtstrategie für Demokratie und Vielfalt

Inhalt

1.	Einleitung	5
2.	Ausgangslage	6
2.1	Handlungsansätze zur Stärkung der demokratischen Kultur in Leipzig	6
2.2	Befunde zu rechtsextremistischen Aktivitäten in Leipzig	7
2.3	Handlungsbedarf	8
3.	Kommunale Gesamtstrategie „Leipzig. Ort der Vielfalt“	9
3.1	Zielstellung	9
3.2	Handlungsfelder	9
3.3.1	Handlungsfeld 1: Förderung demokratischer Vielfalt und starker handlungsorientierter Netzwerke	10
3.3.2	Handlungsfeld 2: Stärkung interkultureller Kompetenzen	10
3.3.3	Handlungsfeld 3: Zurückdrängung rechtsextremistischer Ideologien und Aktivitäten	12
3.3	Die Kommunale Gesamtstrategie als Querschnittsaufgabe	13
4.	Umsetzung der kommunalen Gesamtstrategie	14
4.1	Akteure und Gremien	15
4.2	Ressourcen	17
4.3	Umsetzung	18

Anlage: Ziele, Handlungsfelder und Handlungsansätze der Kommunalen Gesamtstrategie „Leipzig. Ort der Vielfalt“

1. Einleitung

Leipzig ist nicht nur als bedeutender Universitäts-, Messe- und Kulturstandort bekannt, sondern wird für Menschen in Europa und der Welt mit Zivilcourage in Verbindung gebracht. Die friedliche Revolution von 1989, die ihren Ausgang auch in Leipzig nahm, steht weltweit für Demokratie und Freiheit sowie für den Aufbruch in ein wiedervereinigtes Deutschland. Die Einwohnerinnen und Einwohner Leipzigs leben diese Werte und setzen sich für deren Entfaltung in einer weltoffenen Stadt ein.

Mit der Kommunalen Gesamtstrategie „Leipzig. Ort der Vielfalt“ entwickelt die Stadt eine Handlungsgrundlage, um diese Tradition verantwortungsvoll fortzusetzen. Oberstes Ziel der Strategie ist es, das friedliche und demokratische Zusammenleben aller Menschen in Leipzig zu fördern. Die Umsetzung dieses Zieles ist eine Aufgabe, die nur gemeinsam von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft verwirklicht werden kann.

2. Ausgangslage

2.1 Handlungsansätze zur Stärkung der demokratischen Kultur in Leipzig

In den vergangenen zwanzig Jahren haben Bürgerinnen und Bürger Leipzigs bei vielen Aktionen gezeigt, dass sie sich für eine tolerante, von kultureller und sozialer Vielfalt geprägte Stadt einsetzen. Die Stadt Leipzig reagiert auf aktuelle Anlässe sehr schnell und konsequent und eine Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Akteuren gelingt immer besser.

Ein Meilenstein auf dem Weg zur Stärkung der demokratischen Kultur in Leipzig war der „Maßnahmenkatalog zur Eindämmung politisch motivierter Jugendgewalt“, der am 22. Februar 1999 beschlossen wurde. Seitdem unterstützt die Stadt die demokratische Bürgerschaft durch eine Fachstelle Extremismus und Gewaltprävention. Im Vergleich mit anderen Städten ist Leipzig mit dieser Struktur, welche die Aktivitäten zur Bekämpfung von Gewalt und Extremismus koordiniert und bündelt, beispielgebend. In Leipzig existieren bereits zahlreiche Projekte und Aktivitäten, die in Broschüren öffentlichkeitswirksam publiziert wurden.¹

Aufgrund dieser guten Rahmenbedingungen konnte im Herbst 2007 im Zusammenwirken von Verwaltung und zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren in kurzer Zeit ein Lokaler Aktionsplan (LAP) für die Stadt Leipzig entwickelt werden, welcher in die Förderung durch das Bundesprogramm „Vielfalt tut gut“ aufgenommen wurde.

Der Lokale Aktionsplan ist getragen durch eine intensive Verständigung zwischen verschiedenen städtischen und zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren zu den wesentlichen Zielen der Stadt. Diese wurden jährlich mit Teilzielen untersetzt und in Projekten und Maßnahmen realisiert. Aufbauend auf Erfahrungen und aktuellen Entwicklungen wurde der Lokale Aktionsplan jeweils in der Hälfte des laufenden Förderjahres mit Blick auf die anstehende nächste Ausschreibungsrunde weiterentwickelt. Die Handlungsschwerpunkte erfuhren eine situationsgerechte Anpassung. Mit dieser methodischen Herangehensweise konnten die vorhandenen Ressourcen mit der größten Wirkung eingesetzt werden.

Die Umsetzung des Lokalen Aktionsplanes sowie die weiteren Aktivitäten Leipzigs zur Förderung von Demokratie und Vielfalt fanden bundesweit eine hohe Resonanz. Am 23.09.2008 wurde die Stadt Leipzig mit dem Titel „Ort der Vielfalt“ in Berlin ausgezeichnet. Am 17.06.2009 trat die Stadt Leipzig der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus und dem gleichnamigen Verein bei und nahm ihren 10-Punkte-Aktionsplan an. Beide Aktionspläne korrespondieren in Teilbereichen miteinander - ohne zu konkurrieren – und werden auf der Arbeitsebene aufeinander abgestimmt.

¹ "Hinter den Kulissen. Argumentationshilfen gegen rechtsextreme Parolen", "Gegen Gewalt. Schule der Toleranz", "Leipzig. Ort der Vielfalt", "Präventionsatlas 2010", "Handlungsmöglichkeiten gegen den Erwerb, die Anmietung und die Nutzung von Immobilien durch rechtsextreme Organisationen"

2.2 Befunde zu rechtsextremistischen Aktivitäten in Leipzig

Gegenläufig zum bürgerschaftlich–demokratischen Engagement sind auch in Leipzig Strukturen des gesamten rechtsextremistischen Spektrums, mit Ausnahme von Kameradschaften, erkennbar. Seit der Eröffnung eines neuen Stützpunktes am 20. April 2008 präsentieren sich die *Jungen Nationaldemokraten (JN)* auch in Leipzig. Wie die Teilnehmerzusammensetzung ihrer ersten Demonstration am 25. Oktober 2008 zeigte, rekrutieren sich die *Jungen Nationaldemokraten* im Raum Leipzig überwiegend aus Anhängern der so genannten *Freien Kräfte*.

Die teils kooperierenden Rechtsextremisten haben den Kampf gegen das politische System der Bundesrepublik Deutschland und die Überwindung politischer Differenzen innerhalb der rechtsextremistischen Szene zum Ziel. Für ihre Aktivitäten bedienen sie sich lockerer Strukturen und der Zusammenarbeit in zeitweiligen, meist anlass- und themenbezogenen Aktionsbündnissen.

Wie in anderen Regionen des Freistaates Sachsen auch, ist in Leipzig eine immer engere Vernetzung und Zusammenarbeit zwischen rechtsextremistischen Organisationsstrukturen und der Kameradschaftsszene festzustellen. Die fortgeschrittene überregionale Vernetzung der *Freien Kräfte* zu vergleichbaren Gruppen aus den benachbarten Bundesländern verdeutlichen deren öffentlichkeitswirksame Aktivitäten. So beteiligten sich etwa 300 Rechtsextremisten – überwiegend aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg – am 25. Oktober 2008 an einer Demonstration der *Jungen Nationaldemokraten* durch die Leipziger Stadtteile Schönefeld und Selberhausen. Auch die Demonstrationen der *Freien Kräfte* im Zusammenhang mit dem Mord an einem Kind fanden unter überregionaler Beteiligung statt.

Fallzahlen im Landesdirektionsbezirk Leipzig

Im Jahr 2009 wurden im Freistaat Sachsen im Bereich der politisch motivierten Kriminalität (PMK) „rechts“ 1.972 (2008: 2.425) Straftaten registriert, von denen 1.969 (2008: 2.421) als rechtsextremistisch bewertet wurden. Im Landesdirektionsbezirk Leipzig wurden ca. 25% (2008: ca. 30%) dieser rechtsextremistischen Straftaten begangen. Weiterhin wurden im Berichtsjahr 2009 84 (2008: 126) Gewaltdelikte in Sachsen bekannt, wobei der Landesdirektionsbezirk ca. 32% (2008: ca. 33%) einnimmt.² In der Stadt Leipzig wurden 2009 248 rechtsextremistischen Straftaten begangen.

Situationsbeschreibung seitens der Opferberatungsstelle der RAA Leipzig e.V.

Bereits seit drei Jahren zeigt sich aus Sicht der Opferberatungsstelle in der Stadt Leipzig eine organisierte neonazistische Szene, die vorwiegend von den so genannten *Freien Kräften* und vermehrt von Mitgliedern der *Jungen Nationaldemokraten Leipzig* getragen wird. Sie ist überregional vernetzt und weist eine starke Anbindung an die Hooligangruppierungen in der Leipziger Fußballszene auf. Trotz aktiver Präventionsarbeit durch Fußball-Vereine stellt die RAA eine deutliche Zunahme an rechtsmotivierten Gewalttaten fest.

² Verfassungsschutzbericht Sachsen 2009

Obgleich die Szene nach wie vor heterogen ist und Angriffe sowohl spontan als auch organisiert erscheinen, wird deren Auftreten in der Stadt Leipzig von der Opferberatungsstelle als zunehmend aggressiv wahrgenommen. Bei den Aktivitäten und Übergriffen, die in einem direkten Zusammenhang mit einem öffentlichen Bekenntnis zu neonazistischen Ideologien stehen, wird eine Zunahme konstatiert. Dabei nimmt die Opferberatung Leipzig eine hohe Dunkelziffer an. Bedrohungen und Gewaltvorfälle haben sich aus Sicht der RAA in den letzten Jahren auch qualitativ verschärft. Die Problematik wird als stadtgrenzenübergreifend verstanden.

Dokumentation neonazistischer, rassistischer und diskriminierender Ereignissen durch Engagierte Wissenschaften e.V.

Die Arbeitsgruppe „chronik.LE“ erstellt eine umfassende Dokumentation neonazistischer, rassistischer und diskriminierender Ereignissen in Leipzig und den umliegenden Landkreisen. Sie erfasst dazu seit 2008 u.a. Gewalt- und Propagandahandlungen (körperliche Angriffe, Sachbeschädigung, Vandalismus, Parolen, Diskriminierung) organisierter und nicht-organisierter Neonazis sowie Vorfälle von Alltagsrassismus (www.chronikle.org). Damit bietet „chronik.LE“ eine umfangreiche Darstellung rechtsextremistischer und rassistischer Strukturen und Aktionen in und um Leipzig.

2.3 Handlungsbedarf

Bürgerinnen und Bürger Leipzigs setzen sich engagiert für eine von kultureller und sozialer Vielfalt geprägte Stadt ein. Es kann ein hohes Niveau an demokratischer Kultur konstatiert werden. Demgegenüber steht ein wachsendes Bestreben rechts-extremistischer Kräfte, in Leipzig an Einfluss zu gewinnen und unter den Bürgern der Stadt Unterstützung zu finden. Diese Aktivitäten alarmieren und stehen im Widerspruch zum Selbstverständnis Leipzigs als weltoffene Stadt.

Seit 2006/2007 ist eine starke, zunehmend öffentliche Präsenz und Aktivität seitens der neonazistischen Szene, insbesondere der Freien Kräfte Leipzigs zu verzeichnen. Die Angaben von Opferberatungsstelle und chronik.LE belegen zahlreiche Vorfälle mit rassistischem und rechtsextremistischem Hintergrund.

Mit dem Lokalen Aktionsplan hat die Stadt Leipzig Strategien, Handlungskonzepte und Strukturen geschaffen, die wirksam zur Förderung von Demokratie und Vielfalt beitragen. Im Dezember 2010 läuft das Bundesprogramm „Vielfalt tut gut“ aus. Um die erreichten Ergebnisse nachhaltig zu sichern sowie Aktivitäten und Kooperationen weiterhin zu stärken, bedarf es einer Strategie zur Fortführung der bisherigen erfolgreichen Arbeit.

3. Kommunale Gesamtstrategie „Leipzig. Ort der Vielfalt“

Anknüpfend an die Ausgangslage und die Ergebnisse des Lokalen Aktionsplans wird eine Kommunale Gesamtstrategie zur Förderung von Demokratie und Vielfalt formuliert. Die Strategie dient sowohl als Instrument zur gemeinsamen Zielerreichung, als auch zur Bündelung der Ressourcen und ist Grundlage für eine ämter- und bereichsübergreifende Wirkung. Sie orientiert auf einen Zeitraum von drei Jahren und wird methodisch und inhaltlich fortgeschrieben. Am bewährten Namen „*Leipzig. Ort der Vielfalt*“ wird festgehalten.

Die Förderung von Demokratie und Vielfalt ist als Querschnittsthema zu verstehen. Die Kommunale Gesamtstrategie nimmt daher auf bestehende Fachplanungen und Konzepte der Ämter Bezug und soll auf diese zurückwirken.

3.1 Zielstellung

Übergreifendes Ziel der Kommunalen Gesamtstrategie ist die Förderung eines friedlichen und demokratischen Zusammenlebens in Leipzig. Grundlage dafür ist eine aktive, engagierte Stadtgesellschaft, die Demokratie und Vielfalt lebt und gegen rechtsextremistische Bestrebungen eintritt.

Zur Umsetzung des Ziels greift die Kommunale Gesamtstrategie auf die Leitziele des Lokalen Aktionsplans Leipzig zurück. Diese wurden durch ein für diesen Zweck gegründetes Ämternetzwerk (bestehend aus Vertretern des Jugend-, Kultur- und Ordnungsamtes, des Geschäftsbereichs des OBM, des Referates Ausländerbeauftragter, der Sächsischen Bildungsagentur, der Polizeidirektion Leipzig und des LKA Sachsen) und in enger Abstimmung mit zivilgesellschaftlichen Akteuren erarbeitet und formuliert. Die Leitziele besitzen eine hohe Relevanz und sind weiterhin gültig.

Leitziel 1

Einwohnerinnen und Einwohner in Leipzig zeigen eine hohe Akzeptanz für eine Vielfalt von Lebensformen und partizipieren an einer interkulturellen Lebenswelt.

Leitziel 2

Akteure in Zivilgesellschaft, Institutionen und Behörden sind kompetent in der Vermittlung demokratischer Werte und im Wirken gegen rechtsextremistische Ideologie und Gewalt.

3.2 Handlungsfelder

Die Leitziele der Kommunalen Gesamtstrategie werden mit drei Handlungsfeldern untersetzt, die inhaltliche Schwerpunkte der Verwirklichung der Leitziele darstellen. Sie greifen Ansätze aus bestehenden Fachplanungen und Konzepten der Stadt Leipzig sowie Anregungen aus dem von RAA Leipzig e.V./Engagierte Wissenschaft e.V. im Rahmen des Lokalen Aktionsplanes vorgelegten Konzepts „Vielfalt im Blick“ auf.

3.2.1 Handlungsfeld 1: Förderung demokratischer Vielfalt und starker handlungsorientierter Netzwerke

Zur Förderung der Vermittlung demokratischer Werte und damit zur Umsetzung von Leitziel 2 werden in diesem Handlungsfeld die Stärkung zivilgesellschaftlichen Engagements und der Ausbau von Bürgerbeteiligung herausgestellt.

Stärkung zivilgesellschaftlichen Engagements

Bei der Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements spielt die Vernetzung zivilgesellschaftlicher Akteure untereinander, aber auch mit der Stadtverwaltung und anderen Behörden eine wichtige Rolle. In diesem Sinne effektiv arbeitende Netzwerkstrukturen gibt es in Leipzig sowohl fachlich orientiert, sozialräumlich als auch aktions- und anlassbezogen. Sie gilt es zu befördern. Generell ist auf einen verbindlichen und transparenten Informationsaustausch zwischen zivilgesellschaftlichen Netzwerken und kommunalen Institutionen hinzuwirken.

Ausbau von Bürgerbeteiligung

Die Ausprägung lokaler politischer Kultur und die Möglichkeiten politischer Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sind von entscheidender Bedeutung für die nachhaltige Festigung einer demokratischen Stadtkultur. Sie können langfristig Vertrauen in die demokratische Praxis und deren Wertegrundlagen festigen. Insbesondere auf kommunaler Ebene existieren über die Beteiligung an Wahlen hinaus zahlreiche Möglichkeiten die Legitimität des demokratischen Prozesses auf der Beteiligungsseite zu erhöhen. So werden in Leipzig bereits Entscheidungsprozesse durch unterschiedliche Beteiligungsverfahren begleitet und abgesichert. Bei der Stärkung dieses Bereiches spielen existierende Gremien wie Stadtbezirks- und Ortschaftsbeiräte, Beteiligungsmodelle wie Befragungen oder Bürgersprechstunden und die Verankerung der Demokratieerziehung in Schulen, Berufsschulen und Kindertagesstätten eine zentrale Rolle. Zur Förderung der Bürgerbeteiligung ist derzeit eine Vorlage im Verfahren, welche zur Umsetzung des Ratsbeschlusses RBIV-1618/09 „Bürgerbeteiligung bei strategischen Entscheidungen der Stadt Leipzig“ eine Rahmenordnung für die Bürgerbeteiligung vorschlägt.

3.2.2 Handlungsfeld 2: Stärkung interkultureller Kompetenzen und Beförderung von Weltoffenheit

Mit dem Handlungsfeld 2 wird vor allem das Leitziel 1 der Kommunalen Gesamtstrategie umgesetzt. Handlungsansätze sind das Zurückdrängen von Ideologien der Ungleichwertigkeit, die Präventionsarbeit in soziokulturellen Einrichtungen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit sowie die Stärkung der Teilhabe und Integration von Migrant/-innen.

Aufklärung über und Zurückdrängen von Ideologien der Ungleichwertigkeit

Die Verhinderung diskriminierender Aktivitäten gegenüber Minderheitengruppen in Leipzig ist als dauerhafte Querschnittsaufgabe von Politik und Verwaltung und damit auch der von der Stadt geförderten freien Träger, der schulischen und beruflichen Bildung sowie der privaten Wirtschaft zu begreifen. Dazu können über die Umset-

zung rechtlicher Vorgaben hinaus auch Angebote der Antidiskriminierungsarbeit beitragen.

Bildungsinstitutionen können dazu beitragen, Diskriminierung von Minderheiten zu thematisieren und gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen Gegenstrategien zu entwickeln. In Kitas, Schulen und Berufsschulen können Kindern und Jugendlichen Inhalte der Antidiskriminierungs- und Diversity-Pädagogik vermittelt werden. Dies kann zum Beispiel über die intensivere Wahrnehmung von Angeboten externer Akteure im Kontext von Ganztagsangeboten an Schulen geschehen. Entsprechende Bildungsinhalte sollen möglichst regelmäßig über einzelne Projekttagsangebote hinaus Teil der jeweiligen Ausbildung sein. Im Rahmen von Ausbildungen in städtischen Betrieben und Berufsschulen sollen Inhalte solcher Fortbildungsmaßnahmen über den gesamten Ausbildungszeitraum hinweg Berücksichtigung finden.

Präventionsarbeit in soziokulturellen Einrichtungen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit

Programme und Veranstaltungen von Jugendclubs und soziokulturellen Zentren bieten eine Fülle von niedrigschwelligen Treff-, Aktions- und Betätigungsmöglichkeiten für Menschen unterschiedlichen Alters und verschiedener Milieus. Sie bieten durch Beteiligungschancen Möglichkeiten zur Selbstorganisation und damit Kompetenzentwicklung sowie kulturelle, soziale und Demokratie-Bildung an und fördern Begegnung und Integration.

Stärkung von Integration und Teilhabe von Migrantinnen und Migranten

Ende 2009 wohnten in Leipzig neben 26.968 Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft weitere 15.290 Deutsche mit Migrationshintergrund.³ Somit sind 8,4% der Leipziger Bevölkerung Migrantinnen und Migranten. Eine Verwirklichung von Leipzig als „Ort der Vielfalt“ hat daher auch die Stärkung der gesellschaftlichen und politischen Integration und Teilhabe von Migrant/-innen zum Inhalt. Diese kann wesentlich dazu beitragen, durch vielfältige Kontaktmöglichkeiten zwischen Bürgern mit und ohne Migrationshintergrund Vielfalt als Normalität und Bereicherung der Stadtgesellschaft erlebbar zu machen. Mit dem Referat für Migration und Integration hat Leipzig eine etablierte Struktureinheit, welche die Förderung der Integration von Migrant/-innen zum Auftrag hat. Das Referat selbst und die unter seiner Regie jährlich veranstalteten Interkulturellen Wochen und Internationalen Wochen gegen Rassismus oder der 2009 konstituierte Migrantinnenbeirat sind Beispiele für Strukturen und Aktivitäten, welche die Integration und Teilhabe von Migrant/-innen fördern. Darüber hinaus kann auch die Förderung interkultureller Kompetenzen von Nicht-Migrant/-innen einen Beitrag zur Verbesserung der Integration von Migrant/-innen leisten.

Lehrer/-innen und Erzieher/-innen in (Berufs-)Schule, Kita und Hort erleben zunehmend Klassen und Gruppen, in denen Schüler/-innen mit und ohne Migrationshintergrund vertreten sind. Um auch den Schüler/-innen mit Migrationshintergrund zu Chancengleichheit und optimalen Lernbedingungen zu verhelfen, muss der pädagogische Prozess diese angemessen berücksichtigen.

³ Amt für Statistik und Wahlen (2010): Migranten in Leipzig 2010.

3.2.3 Handlungsfeld 3: Zurückdrängung rechtsextremistischer Ideologien und Aktivitäten

Durch Handlungsfeld 3 soll vorrangig das Wirken gegen rechtsextremistische Ideologien (Leitziel 2) umgesetzt werden. Dazu werden die Stärkung von Demokratie im öffentlichen Raum, die öffentliche Auseinandersetzung mit und Positionierung zu rechtsextremistischen Aktivitäten sowie das Verhindern von Rekrutierungsversuchen und -strukturen von rechtsextremistischen Gruppen als Handlungsansätze verfolgt.

Stärkung von Demokratie in öffentlichen Räumen

Öffentliche Räume werden durch eine handlungsfähige Zivilgesellschaft demokratisiert. Hierzu leisten zivilgesellschaftliche Initiativen, Vereine und Strukturen einen wesentlichen Beitrag. Beispiele sind die Aktivitäten von Bürgerinitiativen wie „Buntes Reudnitz“ oder „Miteinander Jetzt“, welche mit sozialen, kulturellen und politischen Aktionen öffentlich wirksam Gegenentwürfe zu rechtsextremistischen Aktivitäten schaffen. Auch friedliche Demonstrationen gegen rechtsextremistische Aufmärsche sowie öffentliche Gedenkort in der Stadt (wie das Mahnmal auf dem ehemaligen Grundriss der alten Synagoge in der Gottschedstraße sowie die „Stolpersteine“) verankern demokratische Themen im öffentlichen Raum.

Öffentliche Positionierung von Meinungsführer/-innen aus Politik, Kultur und Wirtschaft gegen rechtsextremistische Aktivitäten

Das öffentliche Eintreten gegen rechtsextremistische Aktivitäten und Rassismus sowie eine regelmäßige öffentliche Auseinandersetzung mit den genannten Problemfeldern kann einen wichtigen Beitrag dazu leisten, die Öffentlichkeit für diese Problemfelder zu sensibilisieren und zivilgesellschaftliches Engagement für Demokratie und Vielfalt zu unterstützen. Neben der öffentlichen Positionierung trägt auch eine aktive Informationspolitik dazu bei, den Kenntnisstand der breiten Öffentlichkeit und zivilgesellschaftlicher Akteure auszubauen.

Eindämmung rechtsextremistischer Aktivitäten

Trotz einer gefestigten demokratischen Kultur häufen sich auch in Leipzig rechtsextremistische Aktivitäten. Diese sollen durch präventive und ordnungspolitische Maßnahmen sowie kontinuierliche öffentlichkeitswirksame Aktionen, wie der Protest von Bürger/-innen in der Leipziger GutsMuthsstraße gegen rechtsextremistische Anwohner eingedämmt werden.

Verhindern von Rekrutierungsstrukturen und -versuchen

Mit Rekrutierungsstrukturen sind Strukturen gemeint, die aufgebaut wurden oder entstanden sind, um gezielt Menschen anzusprechen. Zudem sind als Rekrutierungsstrukturen solche zu bezeichnen, die es Menschen ermöglichen, sich in die Szene „einzuleben“. Versuche der Anwerbung von Sympathisant/-innen umfassen ein weites Aktivitätsspektrum von der Setzung politischer Themen im öffentlichen Raum (durch Demonstrationen u.ä.), die Unterwanderung von Vereinen bis hin zur persönlichen Ansprache von und Arbeit mit Menschen in diversen Gruppen und sozialen

Räumen. Als aktives Recruitment wird das gezielte Ansprechen von, zumeist jungen, Menschen bzw. die gezielte Einwirkung auf Gruppen, Cliques und Fanggemeinschaften bezeichnet. Eine wesentliche Bedeutung kommt in diesem Kontext dem Sport zu, der immer wieder als Rekrutierungsmedium genutzt wird, obgleich der organisierte Sport aus seinem Wesen und Selbstverständnis heraus grundsätzlich und nachhaltig integrativ arbeitet und wirkt. Daher ist das Verhindern von Rekrutierungsversuchen, z.B. in Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit oder über Sportvereinigungen von großer Bedeutung.

3.3 Die Kommunale Gesamtstrategie als Querschnittsaufgabe

Der Lokale Aktionsplan wurde als Instrument im Rahmen eines Bundesprogramms entwickelt. Damit stand er faktisch parallel zu den Fachplanungen und zum Stadtentwicklungskonzept. Um der Kommunalen Gesamtstrategie eine breite Wirkung zu sichern, muss sie sich als Querschnittsthema durch alle Fachplanungen ziehen.

Fachplan Kinder und Jugendförderung

Der Teilfachplan Kinder- und Jugendförderung formuliert bereits Schwerpunktsetzungen in Bezug auf Toleranz- und Demokratieförderung. Neben der Stärkung der interkulturellen Arbeit geht es vor allem um die Förderung von Aktivitäten und Maßnahmen, die Zivilcourage stärken und das Demokratieverständnis weiter entwickeln.⁴ Hier sind als Zielgruppen Kinder und Jugendliche benannt.

Sportprogramm 2015

Auch im Sportprogramm der Stadt Leipzig bis 2015 finden sich unter den sportpolitischen Leitsätzen Ansatzpunkte für die kommunale Gesamtstrategie. So werden die hohe Integrationskraft des Sportes gewürdigt und die besondere Förderung von Projekten u.a. für die Gruppe der Migrant/-innen festgelegt.⁵ Darüber hinaus sollten die Themen Demokratie und Vielfalt im Kontext des Sports noch stärker als bisher Beachtung finden. Beispiele dazu wurden im Rahmen des Lokalen Aktionsplans in den Jahren 2009 und 2010 bereits erprobt.

Kulturentwicklungsplan

Kulturelle Bildung soll im Kulturentwicklungsplan 2015 noch stärker an Bedeutung gewinnen, daher wird in den nächsten Jahren für diesen Bereich ein eigenständiges Konzept entwickelt. Bereits jetzt wird das Ziel der Teilhabe an der Kultur für die gesamte Bevölkerung und der wachsenden Aufmerksamkeit für Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf und der interkulturellen Arbeit zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund formuliert.⁶ Mehrere Projekte im Rahmen der bisherigen Durchführung des Lokalen Aktionsplans bieten gute Erfahrungen für eine verstärkte Verknüpfung von Demokratieentwicklung mit Kultur und besonders der kulturellen Bildung.

4 vgl. Fachplan Kinder- und Jugendförderung. Jugendamt Leipzig 3/07, S. 12/13

5 Sportprogramm Leipzig 2015. Amt für Sport Leipzig, S. 14

6 Kulturentwicklungsplan der Stadt Leipzig für die Jahre 2008-2015, S.4

Stadtentwicklungskonzept (SEKO)

Das SEKo benennt als übergeordnetes Ziel, Leipzig als internationale Stadt mit hohem bürgerschaftlichen Engagement zu erhalten und weiter zu gestalten. Es versteht sich als Instrument für die Steuerung der gesamstädtischen Entwicklung und wird damit übergreifend wirksam. Daher sollte in den entsprechenden Fachkonzepten Soziales, Kultur, Bildungslandschaft sowie im zu entwickelnden Fachkonzept Ordnung und Sicherheit auch der Bezug zum Thema Entwicklung von „Demokratie und Vielfalt“ hergestellt werden, da sich auch die Kommunale Gesamtstrategie sozialräumlich unterschiedlichen Herausforderungen widmen wird.

Leitlinien zur Integration von Migrantinnen und Migranten

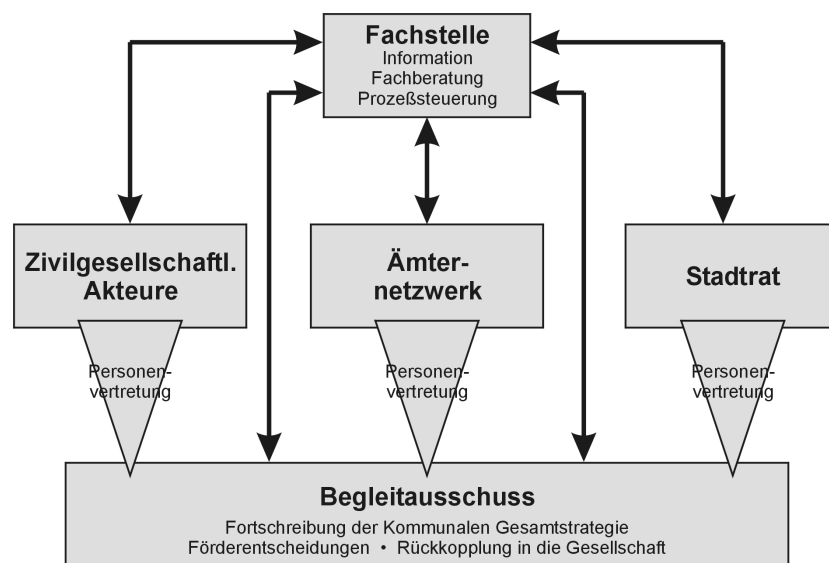
Dem Stadtrat werden Leitlinien zur Integration von Migrantinnen und Migranten in Leipzig zur Entscheidung vorgelegt, welche die Grundlage für die Erarbeitung eines Gesamtkonzeptes im nächsten Jahr bilden sollen. Wesentliche Bestandteile der Leitlinien sind u.a. die Erfordernis eines interkulturellen und interreligiösen Dialogs, die interkulturelle Orientierung und Öffnung von Institutionen, die Notwendigkeit der politischen Teilhabe von Migrant/-innen und die entschiedene Bekämpfung von Diskriminierung und Rassismus.

4. Umsetzung der kommunalen Gesamtstrategie

4.1 Akteure und Gremien

Für die Umsetzung der kommunalen Handlungsstrategie werden Strukturen benötigt, die über die Verwaltung hinausgehen. Dabei hat sich der Begleitausschuss bereits in der Umsetzung des Lokalen Aktionsplans bewährt und soll als Gremium beibehalten werden. Die Koordinierung und Kommunikation der vielfältigen Aktivitäten wird durch die Fachstelle Extremismus und Gewaltprävention wahrgenommen. Sie ist gleichzeitig auch Schnittstelle zu den zivilgesellschaftlichen Akteuren in Leipzig.

Abbildung 1: Vernetzung



Zivilgesellschaftliche Akteure

Die Mehrzahl der bisherigen Projekte und Maßnahmen im Kontext der Entwicklung von Demokratie und Toleranz sind ohne die Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure nicht denkbar oder umsetzbar. Die lokalen zivilgesellschaftlichen Akteure und Einrichtungen sind an der Erstellung und Fortschreibung der Kommunalen Handlungsstrategie aktiv beteiligt. Dies geschieht durch ihre Vertreter/-innen im Begleitausschuss und durch ihre Trägerschaft von Einzelprojekten und Maßnahmen. Darüber hinaus ist es wichtig, die Zivilgesellschaft in ihrer ganzen Breite und Vielfalt an der Reflexion und Weiterentwicklung der Kommunalen Handlungsstrategie zu beteiligen. Hierfür sind geeignete Formate zu entwickeln und mindestens einmal jährlich umzusetzen.

Ämternetzwerk

Das Ämternetzwerk ist Teil des im Rahmen des Lokalen Aktionsplans gebildeten Begleitausschusses. Vertreten sind die an der Umsetzung des Lokalen Aktionsplans im Wesentlichen beteiligten Ämter der Stadtverwaltung. Das Ämternetzwerk hat die

Aufgabe, die fachliche Einschätzung der Verwaltung in die Beschlussfassung des Begleitausschusses einzubringen sowie Diskurse und Entscheidungen aus dem Begleitausschuss in die Ämter zu transportieren.

Fachstelle als Koordinierungsstelle

Die Fachstelle Extremismus und Gewaltprävention arbeitet seit 1999 mit der Zielstellung, politisch motivierter Jugendgewalt und anderen extremistischen Erscheinungsformen entgegen zu wirken. Sie ist zentrale Koordinations- und Informationsstelle der Stadt Leipzig für den Problembereich des Extremismus und der Gewaltprävention als auch für die Umsetzung der Handlungsansätze der Stadt Leipzig in diesem Bereich zuständig. Die Fachstelle ist bis Ende 2010 die Koordinierungsstelle des Lokalen Aktionsplans Leipzig.

Für die Koordinierung der Kommunalen Gesamtstrategie „Leipzig. Ort der Vielfalt“ werden die vorhandenen Ressourcen und Erfahrungen der Fachstelle genutzt. Ihre Aufgaben sind dabei neben der Koordinierung auch die Beratung und Begleitung der Einzelprojekte zur Umsetzung der Kommunalen Gesamtstrategie. Hinzu kommt die intensive öffentlichkeitswirksame Kommunikation der Kommunalen Gesamtstrategie „Leipzig. Ort der Vielfalt“, die datenmäßige Erfassung der Projektdaten und – ergebnisse sowie die Akquisition zusätzlicher Mittel und Ressourcen. Darüber hinaus ist sie entsprechend der Geschäftsordnung des Begleitausschusses für die Vor- und Nachbereitung der Sitzungen verantwortlich.

Stadtrat

Bislang waren die Stadträtinnen und Stadträte nicht aktiv in die Umsetzung des Lokalen Aktionsplans eingebunden. Die Erfahrungen aus dem Programm „Vielfalt tut gut“ zeigen jedoch, dass für die konsequente Umsetzung einer kommunalen Strategie die Beteiligung der Kommunalpolitik zwingend notwendig ist. Aus diesem Grund werden Vertreter/-innen des Stadtrates in das zuständige Gremium verbindlich eingebunden, um Entscheidungen in diesem Bereich auch politisch mehr Gewicht zu verleihen. Damit übernehmen sie eine Steuerungsfunktion in der Umsetzung der Strategie „Leipzig. Ort der Vielfalt“.

Begleitausschuss

Zur Umsetzung des Lokalen Aktionsplans Leipzig wurde 2007 ein Begleitausschuss einberufen. Der Ausschuss setzt sich mehrheitlich aus Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft zusammen. Ergänzt wird er durch Mitglieder des Ämternetzwerkes.

Mitglieder des Leipziger Begleitausschusses sind:

Als Vertreter/-innen der Verwaltung:

- Prof. Dr. Ulrich Brieler (Leiter des Referats Wissenspolitik der Stadt Leipzig)
- Claudia Geißler-Ploog (Abteilungsleiterin, Ordnungsamt der Stadt Leipzig)
- Stojan Gugutschkow (Leiter des Referats Migration und Integration der Stadt Leipzig)
- Dr. Siegfried Haller (Leiter des Jugendamts der Stadt Leipzig)

- Roman Schulz (Pressesprecher der Sächsischen Bildungsagentur, Regionalstelle Leipzig)
- Harriet Völker (Mitarbeiterin Kulturelle Bildung, Kulturamt der Stadt Leipzig)

Als Vertreter/-innen der Zivilgesellschaft:

- Falk Elstermann (naTo e.V.)
- Corinna Graf (Stadtjugendring)
- Martin Henker (Superintendent)
- Frank Kimmerle (Erich-Zeigner-Haus e.V.)
- Sebastian Krumbiegel (Musiker)
- Friedrich Magirius (Superintendent a.D.)
- Edda Möller (Leipzig.Courage zeigen e.V.)
- Brigitte Moritz (RAA Leipzig e.V.)
- Attila Peeck (DGB)
- Yesim Sanli (OFT „Rabet“)
- Frank Schott (Arbeit und Leben e.V.)
- Anja Treichel (Verband Binationaler Familien).

Der Begleitausschuss hat sich im engagierten Wirken jedes einzelnen Mitgliedes außerordentlich bewährt und bildet durch die Qualität der Vernetzung und die gesammelten Erfahrungen eine wertvolle Ressource. Die Expertise der Mitglieder soll weiterhin genutzt werden, um die Kommunale Gesamtstrategie „Leipzig Ort der Vielfalt“ zu begleiten und weiter zu entwickeln. Daher soll der Begleitausschuss als Strukturelement auch für die Umsetzung der Kommunalen Gesamtstrategie erhalten bleiben. Die bisherige Besetzung wird beibehalten und ab 2011 um je ein Mitglied von IHK Leipzig und HWK Leipzig, einen Vertreter des Stadtsporthundes Leipzig e.V. sowie um je ein Mitglied der Fachausschüsse Soziales, Kultur, Stadtentwicklung und Sport ergänzt. Die Berufung erfolgt auf Vorschlag der Kammern, des Stadtsporthundes Leipzig e.V. und der Fachausschüsse durch den Bürgermeister für Jugend, Soziales, Gesundheit und Schule.

Der Begleitausschuss entscheidet über die Verwendung von Drittmitteln für die Projektförderung im Rahmen der Kommunalen Gesamtstrategie. Er berät über und empfiehlt die Verwendung kommunaler Mittel. Darüber hinaus befördert er die strategische Weiterentwicklung der Kommunalen Gesamtstrategie. Für einzelne Themen und Fragestellungen werden Unterausschüsse gebildet.

4.2 Ressourcen

Die Erfahrungen aus dem Bundesprogramm „Vielfalt tut gut“ zeigen, dass mit unterschiedlichen Instrumenten sehr gute Ergebnisse bei der Umsetzung einer lokalen Strategie für Vielfalt und Demokratie erzielt werden können. Neben der klassischen Projektförderung hat sich dabei der Aktionsfonds als großer Erfolg erwiesen. Ein Träger verwaltet dabei einen speziellen Fonds, durch den kleinere Vorhaben oder Projekte von Bürgerinitiativen oder Vereinen gefördert werden, die sich mit rechtsextremistischen, fremdenfeindlichen und antisemitischen Tendenzen vor Ort auseinandersetzen, ihnen begegnen und Zivilcourage fördern. In Auswertung der Kleinprojekte zeigt sich eine hohe inhaltliche Relevanz und Wirksamkeit zu den gesetzten Zielen.

Für die Umsetzung der Gesamtstrategie „Leipzig. Ort der Vielfalt“ sind perspektivisch jährliche Mittel in Höhe von 80.000 bis 100.000 € anzusetzen. Diese sollten sich aus kommunalen Mitteln und aus Drittmitteln zusammensetzen. Zunächst wird ein Umfang von 35.000 € aus kommunalen Mitteln vorgeschlagen. Davon sind für die Fortsetzung des Aktionsfonds jährliche Mittel in Höhe von 15.000 € vorgesehen.

Weitere Mittel können in den nächsten drei Jahren bei erfolgreicher Antragstellung über die Bundesförderung eingeworben werden (2011: 40.000 €, 2012: 30.000 €, 20.000 €). Die darüber hinaus notwendigen Mittel sollen über die Akquisition von Drittmitteln mit Hilfe eines Bündnisses von Unterstützern eingeworben werden. Als wesentliche Kernaufgabe der Koordinierungsstelle und des Begleitausschusses steht daher die Gewinnung zusätzlicher Mittel zur Realisierung der Handlungsansätze sowie zur Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit.

4.3 Umsetzung

Ein Plan mit konkreten Maßnahmen zur Umsetzung der in der Gesamtstrategie benannten Handlungsansätze wird im ersten Halbjahr 2011 erarbeitet, vom Begleitausschuss beschlossen und dem Stadtrat zur Kenntnis gegeben.

Die Umsetzung der Kommunalen Gesamtstrategie soll zum einen, analog zum Lokalen Aktionsplan Leipzig, über die Förderung von Projekten zivilgesellschaftlicher Akteure realisiert werden. Dabei hat sich der Begleitausschuss als Entscheidungsgremium bewährt. Weitere Möglichkeiten zur Umsetzung der benannten Handlungsansätze bieten ämter- und verwaltungsübergreifende Kooperationen durch oder über das innerhalb des im Begleitausschusses vorhandene Ämternetzwerk hinaus.

Bestehende Aktivitäten der Stadt Leipzig zur Förderung von Demokratie und Vielfalt sollen mittelfristig in die Kommunale Strategie einbezogen werden. Um der Kommunalen Gesamtstrategie eine breite Wirkung zu sichern, soll sie sich zudem als Querschnittsthema durch alle Fachplanungen ziehen.

Es wird ein Format entwickelt, mit dem die Zivilgesellschaft mindestens einmal jährlich an der Reflexion und Weiterentwicklung der Kommunalen Handlungsstrategie beteiligt wird.